

DRINGLICHKEITSANTRAG

der Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Keine Lager an den EU-Außengrenzen - Für eine menschenrechtskonforme Asylpolitik in Europa

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) bedarf dringender Reformen im Sinne einer menschenrechtsorientierten Asylpolitik, um geflüchteten Menschen humanitäre Hilfe und ein rechtsstaatliches Verfahren zu gewährleisten sowie eine solidarische, geordnete und verbindliche Verteilung der gemeinsamen Verantwortung auf die EU-Mitgliedstaaten zu erreichen. Der Schutz und die Würde der Menschen im Sinne Art. 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschlands und entsprechend Art. 1 der UN-Menschenrechtscharta sind dabei als Grundpfeiler europäischer Werte unbedingt zu gewährleisten.
2. Am 8. Juni 2023 haben sich die europäischen Innenminister*innen unter Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland auf eine Reform des GEAS geeinigt, die Asylverfahren an den europäischen Außengrenzen mithilfe der Schaffung von Asylzentren vorsieht. Zudem wurde eine Ausweitung des Konzepts der „sicheren Drittstaaten“ vereinbart und ein sog. „Solidaritätsmechanismus“ zur Verteilung geflüchteter Menschen auf die EU-Mitgliedstaaten eingeführt. Doch in Art. 18 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union wird das Grundrecht auf Asyl gewährleistet. Im Zentrum dieses Grundrechts stehen der Schutz der geflüchteten Menschen, ihre Selbstbestimmung und ein faires rechtsstaatliches Asylverfahren. Aus diesem Grund lehnt der Landtag insbesondere die Regelung über die Schaffung von Asylzentren ab, weil danach geflüchtete Menschen 12 Wochen und länger in haftähnlichen Lagern festgehalten werden können.
3. Kinder sind unsere Zukunft und bedürfen aufgrund ihrer Vulnerabilität unseres besonderen Schutzes sowie uneingeschränkter Hilfe in einer humanitären Notlage. Dass insbesondere für Familien mit Kindern, Schwangere sowie vulnerable Gruppen keine Ausnahmeregelung für Grenzverfahren in den Asylzentren an der EU-Außengrenze geschaffen wurde, kritisiert der Landtag mit Verweis auf Art. 3 der UN-Kinderrechtskonvention auf das Schärfste.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

sich im Hinblick auf die Trilogverhandlungen zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) auf Bundesebene und europäischer Ebene mit Nachdruck für die folgenden Punkte einzusetzen:

1. Das Konzept der „sicheren Drittstaaten“ wird nicht weiter ausgeweitet. Der Schutz geflüchteter Menschen wird nicht in Drittstaaten ausgelagert.
2. Die haftähnliche Unterbringung geflüchteter Menschen in Asylzentren ist auszuschließen, insbesondere für die unter besonderem Schutz stehenden Angehörigen vulnerabler Gruppen wie Kinder und Jugendliche, Schwangere sowie LGBTIQ*.
3. Rechtsstaatliche und faire Asylverfahren sind zu gewährleisten. Unabhängige Rechtsberatung ist zu ermöglichen. Grenzverfahren unter Haftbedingungen sind auszuschließen.
4. Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen in Gestalt menschenrechtswidriger Pushbacks werden beendet.
5. Ziel muss ein solidarisches, gerechtes und verbindliches Aufnahmesystem sein, das für eine faire Verantwortungsteilung zwischen den Mitgliedstaaten sorgt und dabei die Interessen der Betroffenen angemessen berücksichtigt.

Dr. Harald Terpe und Fraktion

Begründung:

Erfolgt mündlich.